

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wenn uns Herr Lehne dann bittet, hier einmal gemeinsam zu handeln, ist das der Gipfel der Unverfrorenheit.

(Ralf Witzel [FDP]: Blödsinn!)

Sie lehnen alle unsere Vorschläge zum Haushalt und zum Rettungsschirm ab. Alles wird meistens ohne Begründung weggestimmt, während Sie gleichzeitig ein gemeinsames Handeln fordern. Auch das kann nicht Ihr Ernst sein. Pharisäerhafter geht es eigentlich überhaupt nicht mehr.

(Beifall von der SPD)

Unabhängig von diesen inhaltlichen Unterschieden – Herr Lehne, Sie haben das erste Mal hier als haushaltspolitischer Sprecher geredet – fordere ich Sie sehr ernsthaft auf,

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Ein guter Mann!)

nie mehr – Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer sollte Ihnen das vielleicht einmal sagen – SPD, Grüne und AfD in einem Atemzug zu nennen. Das ist nicht in Ordnung, Herr Kollege.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – [Markus Wagner [AfD]: Ich finde es auch eine Unverschämtheit, uns mit Ihnen in einem Atemzug zu nennen! Ich bin empört! – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen. Bisher haben wir es immer geschafft, die Debatten gemeinsam zu führen. Solche Gleichsetzungen sind nicht in Ordnung.

Zum Abschluss ist, glaube ich, sehr deutlich geworden, wie lethargisch Sie in der Haushaltspolitik sind. Aus Lucky Lutz ist der lethargische Lutz geworden. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD – Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Zimkeit. – Weitere Wortmeldungen haben wir nicht.

Die Abstimmung ist auf nach 14 Uhr vertagt. Ich schließe daher die Aussprache zur Grundsatzdebatte und rufe gleich den Einzelplan 03 auf.

Zuvor möchte ich jedoch feststellen, dass wir das Wort – ich zitiere jetzt – „pharisäerhaft“ in diesem Hohen Hause nicht verwenden. Da es aber von beiden Seiten gesagt wurde, steht es gerade eins zu eins,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

und wir lassen das nun so stehen. Ich habe niemanden dafür gerügt. Ich habe gehört, dass die Kollegin

auch nicht gerügt hat. Ich weise aber darauf hin, dass dieses Wort auf der Liste der bösen Wörter steht, die wir weiterhin ernst nehmen müssen.

Wir kommen zu:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11903, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11929 und die Änderungsanträge der Fraktion der AfD Drucksachen 17/11945 bis 17/11950 hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion steht Herr Kollege Ganzke schon bereit. Er hat das Wort. Bitte schön.

Hartmut Ganzke (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon heute Vormittag um 10 Uhr kurz mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Christos Katzidis, gesprochen, weil ich der erste Redner der Opposition bin und deshalb nicht weiß, was er ausführen wird.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Ich will damit nur sagen: Lieber Christos Katzidis, ich hoffe sehr, dass deine Rede nicht folgendermaßen beginnt – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich! Seit 2017 schafft es diese NRW-Koalition, der Polizei endlich das zu geben, damit sie richtig arbeiten kann.

(Beifall und Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja, aber das stimmt doch!)

Dem Kollegen habe ich gesagt, dass ich hoffe,

(Zuruf von Dr. Christos Georg Katzidis [CDU])

dass seine Rede nicht so beginnen wird.

(Marc Lürbke [FDP]: Die Wahrheit tut weh!)

Ich will dir und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch mitteilen, warum ich das gesagt habe: Das wäre vollkommener Quatsch,

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

und es wäre gegenüber den weit über 50.000 Beschäftigten der Polizei in NRW, die nicht erst seit 2017 einen tollen Job für uns alle machen, unehrlich, unfair

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

und falsch. Denn diese Kolleginnen und Kollegen haben auch schon vor 2017

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Einen tollen Job haben sie immer schon gemacht, aber jetzt haben sie politische Rückendeckung!)

einen guten Dienst für uns getan.

(Gregor Golland [CDU]: Da hatten sie aber keine politische Rückendeckung!)

Sie wurden auch damals von der Politik in die Lage versetzt, ihren Dienst zu leisten, und zwar einen guten Dienst.

Wir müssen uns in dieser Diskussion mit dem Haushaltsentwurf 2021 befassen und damit natürlich mit der Situation der Polizei, die im Bereich von Innenminister Herbert Reul den wichtigsten Part einnimmt.

Insoweit bin ich mit dem Innenminister vollkommen einer Meinung,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das hört schon mal gut an!)

wenn er in dem Presseorgan „Streife“, dem Magazin für die Polizei in Nordrhein-Westfalen,

(Herbert Reul, Minister des Innern: Frisch rausgekommen!)

im Editorial schreibt:

„Liebe Leserin, lieber Leser, das Ansehen der Polizei Nordrhein-Westfalen hat einen Schaden durch die Fälle von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus erlitten.“

Ich stimme auch in den folgenden Sätzen mit ihm überein:

„Doch eines ist klar: Die übergroße Mehrheit der Beschäftigten ist demokratisch und rechtsstaatlich. Und genau für die und ihr Ansehen müssen wir mit aller Entschlossenheit gegen die üblen Machenschaften von Extremisten vorgehen.“

Der Minister schreibt dann noch, dass er das schon in einer Mail im September versprochen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Innenminister hat recht. Ich nehme auch die Diskussion im Innenausschuss so wahr, dass wir sehen müssen: Worum geht es zum jetzigen Zeitpunkt in der Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen?

Es geht darum, dass die Politik den mehr als 50.000 Beschäftigten der Polizei – ich habe die Zahl bereits genannt – den Rücken stärken müssen. Wir müssen ihnen zeigen, dass wir – und das haben wir mit der überwiegenden Zahl der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und der Beschäftigten gemeinsam – diese Arbeit richtig finden. Das machen wir fraktionsübergreifend.

Ich will hier ganz klar sagen: Der vorgelegte Haushalt ist nicht per se schlecht oder falsch.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das haben wir auch im Innenausschuss gesagt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Marc Lürbke [FDP]: Hört, hört!)

Wenn wir aber wissen, dass wir gerade in der jetzigen Situation vor einer solchen Herausforderung stehen, weil das Ansehen der Polizei durch die Fälle von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus einen Schaden erlitten hat, heißt das auch, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen, wie wir damit umgehen.

In den Änderungsanträgen seitens der SPD-Fraktion gehen wir daher auf den großen Bereich der Fort- und Weiterbildung ein. Wir können mit Stolz sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen nach einer langen und guten Ausbildung in Nordrhein-Westfalen in den Dienst gehen.

Erschüttert sind wir darüber, dass sich nach dieser Ausbildung, die auch in der Bundesrepublik wegweisend ist, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte dazu hinreißen lassen, in solchen widerwärtigen Chats ihre Meinungen oder ihre Absichten kundzutun. Auf dem Weg zwischen dem Abschluss der Ausbildung und solchen menschenfeindlichen und menschenverachtenden Äußerungen gegenüber den Menschen, denen sie helfen sollen, muss doch irgendetwas passiert sein.

Wir sind der Meinung, dem können wir nur mit einer noch weiteren Ausweitung von Aus- und Fortbildung begegnen. Aus diesem Grunde haben wir in den Haushaltsplanberatungen einen Änderungsantrag zu diesem Bereich gestellt, der leider ohne weitere Diskussion abgelehnt worden ist.

(Daniel Sieveke [CDU]: Oh!)

Wir sind der Ansicht, dass nur mit einem erweiterten Aus- und Fortbildungsetat gerade solche Sachen unterbunden werden können.

Dann haben wir noch einen Antrag gestellt, mit dem wir Ihnen als regierungstragenden Fraktionen erklären – ich räume ein, dass ich das in der mir eigenen Art und Weise im Innenausschuss getan habe –: Wenn Sie eine Kommission arbeiten lassen, die sogenannte Bosbach-Kommission, und die sagt, wir sollten doch jetzt mal in Nordrhein-Westfalen, wie es auch auf Bundesebene der Fall ist, einen sogenannten periodischen Sicherheitsbericht auflegen, dann fragen wir uns, warum Sie unseren Änderungsantrag mit einer Unterfütterung durch Haushaltsmittel für die Implementierung eines solchen periodischen Sicherheitsberichts in Nordrhein-Westfalen in Bausch und Bogen abgelehnt haben.

Ich nehme es dir, Christos Katzidis, überhaupt nicht übel, dass du erwähnt hast, es sei ein unmoralisches Angebot gewesen, dass ich für die SPD-Fraktion gesagt habe: Wenn ihr unseren drei Änderungsanträgen – diese betrafen auch die Einrichtung von mehr

Stellen, um im Rahmen der Bezirksregierungen die Fleischindustrie zu überwachen – zugestimmt hättet, dann hätten wir es sehr schwer gehabt, dem Innenhaushalt nicht unsere Zustimmung zu geben.

Das bringt mich zu den Ausführungen meines Kollegen Stefan Zimkeit gerade. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da müssen Sie sich auch mal an die eigenen Worte erinnern, die Sie uns in den Ausschüssen immer wieder mit auf den Weg geben. Sie fordern uns auf: Machen Sie doch mit als Opposition, stellen Sie doch Anträge; wir gucken dann, was damit ist. – Sie betonen auch, wir alle müssten gerade in dieser Situation zusammenstehen und gemeinsam arbeiten.

Noch einmal: Der Antrag zum periodischen Sicherheitsbericht würde 500.000 Euro erfordern, die weitere Aus- und Fortbildung 400.000 Euro. Hinzu kam der Antrag auf die Einrichtung von 30 weiteren Stellen, um die Schande, die sich in manchen fleischverarbeitenden Betrieben ereignet hat, zu unterbinden. Das waren unsere Änderungsanträge. Ihre Meinung zu diesen Änderungsanträgen war: Das ist ein unmoralisches Angebot, das wir als CDU und FDP nicht annehmen können.

Die Aussage mit dem unmoralischen Angebot kam nicht von dem Kollegen Lürbke.

(Marc Lürbke [FDP]: Aha!)

Er hat nur gemeint: Das ist wieder Ganzke in der ihm eigenen Art. – Ich glaube, wir müssen uns in diesem Bereich wirklich ehrlich machen, wenn Sie es ernst damit meinen, dass Sie sich eine Opposition wünschen, die gerade im Bereich der inneren Sicherheit – deshalb will ich das noch einmal klar auf den Punkt bringen – gemeinsam mit Ihnen fraktionsübergreifend den mehr als 50.000 im Bereich der Polizei arbeitenden Menschen tagtäglich den Rücken stärkt.

Auch das muss ich wieder ganz klar sagen: Nachfragen, ob denn der Einzelne oder die Einzelne möglicherweise nicht alles richtig gemacht hat, heißt nicht, ihnen in den Rücken zu fallen, sondern führt im Endeffekt dazu, dass wir alle gemeinsam dafür sorgen, diejenigen zu stärken, die ihren Job tagtäglich sauber und gut und mit Respekt gegenüber allen anderen versehen.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, eine kurze Überlegung wäre angebracht, ob die Art und Weise, wie Sie mit Änderungsanträgen in diesem Verfahren der Haushaltsplanberatung umgehen, die richtige ist.

(Marc Lürbke [FDP]: Wie vielen Anträgen von uns habt ihr denn zugestimmt?)

Vor diesem Hintergrund können wir dem Haushaltsplan des Innenministeriums nicht zustimmen.

Es ist gut, Marc Lürbke, dass du diese Frage hier einbringst. Es ist immer die Geschichte: Wie war das denn früher in diesem Bereich?

(Marc Lürbke [FDP]: Ihr habt keinem einzigen Änderungsantrag zugestimmt, noch nie!)

Ich sage doch hier nicht, dass wir früher alles richtig gemacht haben. Aber ich glaube, Marc Lürbke, dass wir im Bereich der inneren Sicherheit gefordert sind, zu zeigen, dass wir alle zusammenstehen. Wir sollten uns überlegen, ob nicht diese Zeiten zu wichtig sind, als dass wir die ganzen alten Spielchen, die ich auch mitgespielt habe, weiterspielen.

(Marc Lürbke [FDP]: Das sieht man ja an eurer Politik gegen die Bildung in diesem Land!)

Vor diesem Hintergrund werden wir den Haushaltsplan des Innenministeriums ablehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Ganzke. – Jetzt spricht Herr Dr. Katzidis für die CDU-Fraktion.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Hartmut, ich kann dich beruhigen. Ich fange nicht so an, wie du es vermutet hast. Insofern ist zumindest auch das aus deiner Perspektive gut.

Groß ist sicherlich relativ, so wie du es eben im Zusammenhang mit eurem Änderungsantrag zur Fortbildung bezeichnet hast. Wenn man mal die 400.000 Euro durch die 50.000 Beschäftigten teilt, kommen 8 Euro pro Kopf heraus. Dafür kriegst du nicht einmal einen Seminarplatz je Beschäftigten hin.

(Zuruf von Hartmut Ganzke [SPD])

Ich glaube, das ist dann nicht groß, sondern eher klein. Wir haben schon im Innenausschuss das eine oder andere dazu gesagt.

(Sven Wolf [SPD]: Zu niedrig!)

Ich würde unterstellen – da sind wir sicherlich zu 100 % beieinander –, dass wir alle höchsten Respekt empfinden. Insofern teilen wir das, was du eben gesagt hast, auch gemeinsam mit unserem Innenminister Herbert Reul, was den Rückhalt angeht, die Wertschätzung gegenüber allen Bediensteten der nordrhein-westfälischen Polizei, im Übrigen nicht nur in der jetzt so schwierigen Situation, in der es einige schwarze Schafe gibt, sondern schon immer und gerade mit Blick auf die Belastung im täglichen Dienst.

Ich wollte anfangen – um dazu zu kommen – mit einem Dank unserer Fraktion an die Landesregierung für den von ihr vorgelegten Haushaltsgesetzentwurf

2021, der wieder ganz klar und unmissverständlich die Schwerpunktsetzung zum Ausdruck bringt.

Wir halten seit 2017 im innenpolitischen Bereich genau das, was wir immer versprochen haben. Wir haben seit 2017 mittlerweile 25 Wahlversprechen umgesetzt und eingelöst. Der Haushaltsplanentwurf, so wie er jetzt vorliegt, bringt die vierte Steigerung in Folge, von 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf aktuell 6,4 Milliarden Euro im Jahr 2021. In allen Bereichen und auf allen Ebenen stärken wir die innere Sicherheit,

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU], Gregor Golland [CDU] und Marc Lürbke [FDP])

angefangen im Innenministerium selbst.

Von der Opposition wird das manchmal negativ in der Weise dargestellt, dass der Verwaltungsapparat in den Ministerien aufgebläht wird. Aber im Innenministerium sind die meisten neuen Stellen für die innere Sicherheit bestimmt: zehn Stellen für die konkrete Stärkung der inneren Sicherheit, 30 Stellen für die Stärkung des Verfassungsschutzes und der Geheimenschutzbeauftragten, 23 Stellen für Digitalisierung und für die Stärkung der Informationsfreiheit. Wir sehen also schon ein sehr großes Paket für den Bereich der inneren Sicherheit vor.

Das setzt sich fort im Bereich der Polizei. Auch der Haushalt des Polizeiapparates erfährt demzufolge die vierte Steigerung seit 2017, von damals 3,15 Milliarden Euro auf jetzt knapp 3,7 Milliarden Euro. Dieser Teil macht mehr als 50 % des Gesamtetats des Innenministeriums aus.

Wir verbessern die personelle Situation seit 2017 massiv. Von 2.000 Einstellungen im Jahr 2017 sind wir aktuell bei 2.660 Einstellungen im Jahr 2020. Wir hatten für das nächste Jahr 2.300 Einstellungen versprochen, sind darüber schon weit hinaus und haben noch mal eins draufgesattelt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU], Gregor Golland [CDU] und Marc Lürbke [FDP])

Seit 2018 schaffen wir auch jedes Jahr zusätzlich 500 Stellen für Regierungsbeschäftigte, um Polizistinnen und Polizisten von administrativen Tätigkeiten zu entlasten. Das allein bedeutet 2.000 neue Stellen – einschließlich des Jahres 2021 –, die für eine nachhaltige Entlastung sorgen, sodass wir im polizeilichen Bereich im Jahr 2021 insgesamt auf knapp 4.000 zusätzliche Stellen kommen. Das entspricht noch nicht ganz 10 %, aber wir arbeiten daran. Auch dieses Ziel werden wir sicherlich noch erreichen.

Für die Terrorbekämpfung schaffen wir neue Stellen. Für die Bekämpfung des Kindesmissbrauchs haben wir die Stellensituation massiv verbessert und ausgeweitet, ebenso für die Digitalisierung, digitale Asservate, wo viel getan werden muss, wo gerade mit Blick

auf die Dinge, die sich heutzutage im Internet zutragen, viel mehr ermittelt werden muss.

Wir haben aber auch Stellen im Bereich der Früherkennung, Analyse und Bewertung des islamistischen und des Rechtsterrorismus geschaffen sowie im Bereich „Cybercrime“. Es wird auf vielen Ebenen viel getan, so auch im Bereich des Staatsschutzes mit 80 neuen Stellen.

Auch bei der Technik wird einiges getan. Wir haben mit jetzt aktuell mehr als 20.000 Smartphones und 9.500 Bodycams dafür gesorgt, dass die Digitalisierung im Streifenwagen angekommen ist. Ich habe früher gerne – und möchte es deshalb noch mal aufgreifen – von dem alten rot-grünen Notizblock im Streifenwagen gesprochen, der mittlerweile ausgedient hat. Die Technik ist auch in den Streifenwagen in Nordrhein-Westfalen angekommen.

2018 hatten wir als CDU-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt und zusätzliche 5 Millionen Euro für ballistische Helme, insbesondere für unsere Spezialeinheiten, zur Verfügung gestellt. Auch da haben wir etwas getan.

(Beifall von Gregor Golland [CDU])

Auch bei der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung tun wir etwas, und zwar nicht nur bei der Stellensituation durch die erhöhten Einstellungszahlen, sondern auch mit Blick auf neue Studiengänge. Der neue zusätzliche Studiengang Verwaltungsinformatik wird ganz, ganz wichtig sein und mit über 50 neuen Stellen implementiert. Ich denke, auch damit machen wir einen sehr, sehr großen Schritt nach vorne.

Gleiches gilt für die Bezirksregierung, aber auch im Bereich des Instituts der Feuerwehr tun wir einiges und haben seit 2017 auch schon einiges getan. Auch im nächsten Jahr werden dort wieder neue Stellen geschaffen; 16 neue Planstellen für unterschiedliche Bereiche.

Die Sachausgaben steigen massiv aufgrund des von den regierungstragenden Fraktionen eingebrachten und von uns beschlossenen Antrags, in dem es um ein neues dezentrales Übungsgelände bei der Feuerwehr ging, das demnächst in Düren kommen wird. Wir sind sehr froh darüber, dass das jetzt in der operativen Umsetzung ist, sodass auch der Aus- und Fortbildungsbereich bei der Feuerwehr gestärkt wird.

Auch im Institut für öffentliche Verwaltung und bei der Fortbildungsakademie des Innenministeriums werden neue Stellen geschaffen, sodass in allen Bereichen enorm investiert wird.

Vor dem Hintergrund der steigenden Belastungen gilt das insbesondere für den Personalbereich. Da werden wir auch weiterhin dranbleiben. Das ist und bleibt für die nächsten Jahre eine klare Schwerpunkt-

setzung dieser Landesregierung und dieser regierungstragenden Fraktionen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf die eine oder andere Stelle in den Änderungsanträgen eingehen. Lieber Hartmut, den Aus- und Fortbildungsänderungsantrag habe ich eben schon kurz angesprochen. Du hast den periodischen Sicherheitsbericht und euren Änderungsantrag dazu angesprochen. Eine halbe Million Euro alleine für einen periodischen Sicherheitsbericht, der die Sicherheitslage nach meiner Überzeugung nicht nachhaltig verbessern wird, ist nicht besonders gut angelegtes Geld. Wir wollen ja in die Zukunft schauen. Ich denke, es gibt bessere Möglichkeiten, das zu tun.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

– Man kann unterschiedlicher Auffassung dazu sein, aber es hat auf Bundesebene schon den einen oder anderen Vorstoß gegeben, der nicht fortgeführt wurde. Ich denke, darauf muss man auch mal schauen. Insofern macht das nach unserer Überzeugung auch in der Sache keinen Sinn.

(Sven Wolf [SPD]: Das finde ich Wolfgang Bosbach gegenüber jetzt aber unfair, was Sie hier machen!)

– Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass Sie eine andere Meinung dazu haben, das ist okay. Aber auf Bundesebene ist das eine oder andere nicht fortgeführt worden, und es hatte sicherlich gute Gründe, warum es nicht fortgeführt worden ist. Dann muss man sich die Frage stellen,

(Sven Wolf [SPD]: Dann hättet ihr nicht so ein Bohei um die Bosbach-Kommission machen sollen, wenn die Vorschläge sowieso nicht umgesetzt werden!)

ob es die Sicherheitslage und die Informationslage so nachhaltig verbessert, dass es einen echten Mehrwert bringt.

Ich komme zur AfD-Fraktion, die kontinuierlich steigert: 2019 44 Millionen Euro, 2020 96 Millionen Euro und jetzt 145 Millionen Euro. Die eine oder andere Rechnung von Ihnen verstehe ich nicht ganz. Vergangenes Jahr haben Sie 8 Millionen Euro für die Erhöhung der Anwärterstellen auf 3.000 gefordert. Jetzt fordern sie 2,8 Millionen Euro, also viel weniger, für 3.260 Stellen. Diese Rechnung erschließt sich mir beim besten Willen nicht, aber vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Ihre Zulagen erhöhen sich auch jedes Jahr. Das ist ziemlich unseriös, und es wird sehr, sehr deutlich, welches Ziel Sie damit verfolgen. Das ist ganz offensichtlich.

Die grüne Fraktion will auch in diesem Jahr in den Bereichen Telekommunikationsüberwachung und Videobeobachtung im öffentlichen Raum lieber kürzen als erhöhen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: So ist es!)

Das können wir durchaus nachvollziehen, weil das natürlich nicht Ihre Themenschwerpunkte sind.

Wir aber werden auch zukünftig in den Bereich der inneren Sicherheit investieren und hoffen, dass wir den Haushalt des Innenministeriums auch zukünftig weiter steigern können, um diesen klaren Kurs der Schwerpunktsetzung fortführen und uns weiterhin an die Versprechungen von vor der Wahl 2017 halten zu können. Das ist zumindest unser Anspruch. Demzufolge werden wir dem Gesetzentwurf bei den entsprechenden Lesungen zustimmen. Die Änderungsanträge werden wir ablehnen, so wie wir es auch im Innenausschuss gemacht haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Katzidis. – Nun spricht Frau Schäffer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Einzelplan 03 enthält unbestritten auch einige gute Punkte, die ich durchaus loben möchte, Herr Reul.

Ich komme mal zu den Stellen. Die Erhöhung der Neueinstellungen um 100 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter im Vergleich zum Vorjahr finde ich richtig. Ich finde es richtig angesichts der hohen Anzahl von Pensionierungen, die uns bevorstehen, angesichts des Mehrbedarfs aufgrund von neuen Themen und neuen Aufgaben, die die Polizei bewältigen muss, und angesichts einer zunehmenden Spezialisierung von Polizeibeamtinnen und -beamten in einzelnen Themenbereichen.

Klar ist aber auch, dass die Aus- und Fortbildung der Polizei nicht unter einer Erhöhung der Neueinstellungen leiden darf. Wir haben heute eine sehr gut ausgebildete Polizei, auf die wir stolz sein können, und das muss auch so bleiben. Die Ausbildung muss so gut bleiben.

Der Schwerpunkt im Bereich der Bekämpfung von Kindesmissbrauch ist absolut richtig und notwendig. Die schrecklichen Taten von Lügde, Münster und Bergisch Gladbach geben uns einen Einblick in die Dimension der unvorstellbaren Gewalt, die Kindern angetan wird. Diese Fälle haben eine wichtige öffentliche Diskussion ausgelöst, die dringend notwendig war.

Wir alle wissen aber auch, dass diese Fälle nur die Spitze des Eisbergs sind. Natürlich kann man angesichts dieser Dimension von sexueller Gewalt gegen Kinder eine Debatte über Strafrechtsverschärfungen führen. Sie wird gerade auch geführt, und wir Grünen beteiligen uns daran konstruktiv. Klar ist aber auch,

dass Strafrechtsverschärfungen allein nicht reichen. Man könnte jetzt viel zum Thema „Prävention“ sagen. Aber wir befinden uns hier beim Einzelplan 03.

(Marc Lürbke [FDP]: Genau!)

Deshalb spare ich mir das Thema auf, will es aber natürlich trotzdem benennen.

Natürlich brauchen wir die Beschäftigten bei der Polizei, um diese riesigen Datenmengen auszuwerten, aber auch, um Tätern auf die Spur zu kommen, sie zu überführen und Kinder aus diesen Situationen zu befreien. Herr Reul, bei diesem Thema haben Sie uns an Ihrer Seite.

Ich finde es im Übrigen auch wichtig und richtig, dass die Bekämpfung von Kindesmissbrauch zum kriminalpolizeilichen Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Polizei erklärt wurde. Ich bin der Meinung, dass es dabei bleiben muss, auch wenn es in Zukunft vielleicht zu Regierungswechseln kommt. Ich finde, wir stehen in der Verantwortung, die Polizei zu stärken und das Thema entsprechend anzugehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Thema „Terrorismus“: Mit Blick auf die heute veröffentlichten Zahlen einer internationalen Studie zur Entwicklung des Terrorismus muss man sagen, dass die Schwerpunktsetzung in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und des Rechtsextremismus mittels zusätzlicher Stellen für den Staatsschutz und den Verfassungsschutz sehr richtig ist. Die schrecklichen rechtsterroristischen und islamistischen Anschläge der vergangenen Jahre haben uns sehr deutlich vor Augen geführt, wie groß diese Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft ist.

Wir beobachten gerade im Bereich des Rechtsextremismus, dass sich immer wieder neue gewaltbereite bzw. gewaltaffine Gruppierungen bilden. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Deshalb ist der Schwerpunkt richtig. Ich will nicht unerwähnt lassen, dass uns natürlich auch die Fälle von rechten Chats und rechten Verdachtsfällen bei der Polizei sehr besorgen. Ich denke, diese Debatte wird uns in den nächsten Wochen und Monaten weiter begleiten. Klar ist, dass Rassismus und Rechtsextremismus bei der Polizei nichts zu suchen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass der Haushalt nicht nur ein Werk aus vielen Zahlen ist. Wie pflegt meine Kollegin Monika Düker immer zu sagen? – Der Haushalt ist Politik in Zahlen.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE]: Genau!)

Deshalb reden wir hier nicht nur über einzelne Kapitel und einzelne Titelgruppen in Ihrem Haushaltsplanentwurf, sondern wir müssen auch darüber sprechen, was Sie mit diesem Haushalt verbinden, was Sie vorhaben, was Sie anschaffen wollen und was Sie anstellen wollen. Da sind wir Grüne mit vielen Punkten nicht einverstanden.

Ich nenne mal die Ausweitung der Mittel für die Videobeobachtung von 640.000 auf 2 Millionen Euro. Ich bin nicht grundsätzlich gegen Videobeobachtung, ganz im Gegenteil. Ich glaube, dass Videobeobachtung ein hilfreiches Mittel sein kann, zum Beispiel in der Düsseldorfer Altstadt. Aber diesen massiven Ausbau von Videobeobachtung, der damit ja verbunden ist und auf der Rechtsgrundlage des geänderten Polizeigesetzes erfolgt, finde ich nicht richtig. Denn mit dieser Änderung ist auch klar, dass Videobeobachtung so eingesetzt werden kann, dass es auch zu Verdrängungseffekten kommen kann. Dann ist das aus meiner Sicht alles andere als eine nachhaltige Kriminalitätsbekämpfungsstrategie. Diese Verdrängungseffekte muss man immer mitdenken.

Deshalb will ich auch noch einmal daran erinnern, dass wir als Grüne hier einen Vorschlag zum Thema „sozialraumorientierte Polizeiarbeit“ vorgelegt haben. Es gab dazu Diskussionen in der Anhörung, und es wurde auch kritisiert, dass damit zu viele Stellen gebunden würden.

Unabhängig von der Frage, wann man wie die Stellen verändern kann, meinen wir Grüne, dass das Thema „Bezirksdienst und sozialraumorientierte Polizeiarbeit“ unheimlich wichtig ist. Das stärkt tatsächlich das Sicherheitsgefühl der Menschen und bekämpft Kriminalität effektiv vor Ort.

Ich finde es sehr schade, dass die Landesregierung keinen Beitrag zum Thema „Kriminalprävention vor Ort in den Vierteln“ leistet. Da hätte ich mir mehr gewünscht.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Das nächste Thema, das ich kritisch sehe, ist das Thema „Quellen-TKÜ“. Das Stichwort ist ja gerade auch schon gefallen. Im nächsten Jahr sollen 500.000 Euro für die Anwendung bereitgestellt werden. Auch dieses Instrument wird auf der Rechtsgrundlage des im Dezember 2018 geänderten Polizeigesetzes eingesetzt. Bei der damaligen Anhörung und während der ganzen Diskussion wurde erhebliche Kritik an der Datensicherheit geäußert. Denn das Problem bei der Quellen-TKÜ ist ja, dass der Staat Sicherheitslücken offenlässt, damit der Staat selbst die Quellen-TKÜ nutzen kann.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Aber nicht nur Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte können diese Lücken nutzen, sondern auch Dritte mit weniger guten Absichten. Das macht noch einmal deutlich, welche Gefahr davon ausgehen kann, wenn Sicherheitslücken offenbleiben. Diese Zweifel sind mitnichten ausgeräumt. Deshalb halten wir Grüne an unserer Kritik zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung fest.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass bei einem schwarz-gelben Haushaltsplan Vorsicht geboten ist, hat mir auch noch einmal die Diskussion zu der sogenannten Palantir-Software in der letzten Sitzung des Innenausschusses am Donnerstag gezeigt. Diese Software wurde bereits 2019 angeschafft. Mir war bei der Debatte 2019 – ich habe gerade noch einmal in den Erläuterungsband zum Haushaltsplan 2019 geguckt; da steht es auch nicht drin – nicht klar, dass diese Software mit diesem Haushalt angeschafft werden würde.

Man muss zu der Software noch kurz ausführen, dass die hoch umstritten ist. Die Landesdatenschutzbeauftragte wurde erst vor wenigen Monaten darüber informiert. Ich halte das für einen unmöglichen Vorgang angesichts der großen Kritik an dieser Software.

Auch nur auf unsere Nachfrage hin wurde im Ausschuss mitgeteilt, dass Sie Ausgaben für die Lizenz in Höhe von 4 Millionen Euro für das nächste Haushaltsjahr planen. Wir haben das schriftlich nachgefragt, es wurde uns nicht beantwortet. Erst, als wir mündlich noch einmal nachgehakt haben, wurde es dann im Ausschuss gesagt: 4 Millionen Euro. – Das ist nicht wenig Geld. Auch das finde ich schlichtweg falsch.

Dann will ich noch etwas zum Thema „Krisenstab“ sagen. Da kann man jetzt auch wieder sagen: Naja, das sind Peanuts in so einem Haushalt. – Ja, das ist wahrscheinlich auch so. Einen Krisenstab vorzuhalten, ist absolut richtig und notwendig. Im Grundsatz bin ich auch gar nicht dagegen. Aber ich verstehe nicht, wie man einen Krisenstab vorhalten kann – auch mit Haushaltsmitteln finanziert – und ihn dann in dieser pandemischen Lage nicht aktiviert. Das finde ich einfach völlig unsinnig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das kritisieren ja auch nicht nur wir Grüne, sondern auch die Kommunen, die ganz klar sagen, dass die einheitliche Kommunikation seitens der Landesregierung fehlt und Erlasse nicht dort ankommen, wo sie ankommen sollen. Das führt auf der kommunalen Ebene zu Chaos. Das verantwortet auch diese Landesregierung.

Auch die Aktiven bei den Feuerwehren und beim Katastrophenschutz und in den örtlichen Krisenstäben, die ja wirklich alle flächendeckend im Land aktiviert sind, fordern das ein und kritisieren das.

Insofern: Auch die Ausführungen dazu im Ausschuss waren wenig schlüssig. Ich hatte zwischendurch ein bisschen das Gefühl, dass die Geschäftsordnung der Landesregierung zu den Krisenstäben im eigenen Haus irgendwie nicht bekannt ist. Das ärgert mich massiv, und wir werden diese Kritik auch weiter vortragen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich könnte jetzt noch ganz viel sagen, auch noch einmal zum Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz im Ehrenamt. Denn man muss wissen: Wir reden hier über eine staatliche Aufgabe, die quasi ausschließlich von Ehrenamtlichen gemacht wird. Das ist absolut aner kennenswert. Ich könnte dazu lange ausholen, aber dafür reichen die letzten 16 Sekunden nicht aus.

Deshalb möchte ich gerne einfach die Gelegenheit nutzen, um mich bei allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, bei den Mitarbeiterinnen insgesamt in den Sicherheitsbehörden, bei den Feuerwehrleuten und bei den Angehörigen des Katastrophenschutzes dafür zu bedanken, dass sie jeden Tag für unsere Sicherheit hier in Nordrhein-Westfalen sorgen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schäffer. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Lürbke.

(Marc Lürbke [FDP] geht zunächst ohne Maske zum Rednerpult. – Sven Wolf [SPD]: Oh, oh, hat keiner gesehen! – Hartmut Ganzke [SPD]: Dafür behältst du sie zehn Minuten länger an! – Sven Wolf [SPD]: Sie ist aber passend zum Anzug!)

Marc Lürbke^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat gezeigt – daran gibt es wenig zu rütteln; das haben im Grunde auch alle Vorredner hier so gesagt –, dass wir unserer Linie zur Stärkung der inneren Sicherheit in diesem Land auch mit dem Haushaltsentwurf 2021 treu bleiben: mehr Personal, bessere Ausstattung, spürbar mehr Rückhalt, mehr Unterstützung für unsere Einsatzkräfte. Das ist wichtig: Wir reden nicht nur über Sicherheit, meine Damen und Herren, sondern wir setzen sie auch ganz praktisch für die Menschen in diesem Land um.

Ich meine, so gräbt man Kriminellen, so gräbt man Extremisten, so gräbt man Populisten das Wasser ab, indem man das macht, wofür man angetreten ist, und genau das umsetzt, was man versprochen hat: mehr Sicherheit. Das ist das Erfolgskonzept dieser NRW-Koalition, meine Damen und Herren: mehr Sicherheit bei gleichzeitiger Wahrung der Freiheitsrechte.

Das sieht man auch, wenn man sich genauer mit dem Haushalt beschäftigt. Die Investitionen im Innenressort steigen sogar im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um rund 215 Millionen Euro auf rekordverdächtige 6,4 Milliarden Euro für die innere Sicherheit. Wir investieren hier in Köpfe, in Ausstattung, wir

bringen mehr Polizei auf die Straße und unterstützen diejenigen, die für unsere Sicherheit sorgen. 785 Übernahmeplanstellen für geprüfte Kommissarinnen und Kommissare und 2.760 Stellen für junge Kommissaranwärterinnen und -anwärter – das sollte man vielleicht noch einmal herausstellen. Ich finde, 2.760 sind gar nicht schlecht,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Und das verdient auch die Anerkennung aller Fraktionen hier im Haus.

(Sven Wolf [SPD]: Wenn man unter Innenminister Wolf von 500 kommt! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Die kamen von euch, die 500!)

Das ist ein Rekord. Wir eilen bei den Neueinstellungen von Jahr zu Jahr von Rekord zu Rekord, meine Damen und Herren.

2.760 junge Kommissaranwärterinnen und -anwärter,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

ja, die bilden sich nicht alleine aus. Da hast du recht, Hartmut Ganzke. Deswegen verstärken wir ja auch die Aus- und Fortbildung. Die ist auf einem sehr hohen Niveau, aber wir schauen, was man noch besser machen kann. Natürlich brauchen wir bei diesen hohen Einstellungszahlen auch mehr Personal, sowohl bei der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung als auch im LAFFP. Das machen wir auch. Das setzen wir um, und das findet sich auch in diesem Haushalt, meine Damen und Herren.

Deswegen mal „Danke“ für diese gewaltige Kraftanstrengung an alle, die in der Aus- und Fortbildung mithelfen. Deswegen auch ein großes Dankeschön von dieser Stelle aus an die ganzen Tutoren in den Kreispolizeibehörden. Ohne diese großartige Mannschaftsleistung wären solche Rekordeinstellungszahlen definitiv nicht möglich.

(Beifall von der FDP und Gregor Golland [CDU])

Ich könnte jetzt sagen: Schwarz-Gelb wirkt. Es gibt große Erfolge: niedrigste Zahlen der Straftaten seit 30 Jahren, rapide sinkende Einbruchszahlen, steigende Aufklärungsquoten. Ja, das sind nun einmal die Fakten.

Dennoch bleiben natürlich die Herausforderungen und Belastungen groß. Die Herausforderungen angesichts von Terror und der Kriminalitätsbekämpfung werden ja jetzt nicht von heute auf morgen weniger.

Deswegen ist es richtig, dass wir neue Aufgabenschwerpunkte setzen. Nur wenn wir sie setzen – wie bei der Bekämpfung des Kindesmissbrauchs –, dann müssen wir sie auch personell unterfüttern und hier auch unsere Beamtinnen und Beamten entsprechend unterstützen. Das machen wir. Und ich

glaube, das ist auch sehr richtig, denn in den Kommissariaten brennt teils wirklich die Hütte. Da gibt es ganz erhebliche Herausforderungen zu bewältigen.

Gleiches gilt beim Staatsschutz zum Schutz gegen Terror und Extremismus. Auch hier erhält der Staatsschutz 80 neue Stellen. Auch das ist richtig: mehr Stellen auf der einen Seite, aber dann Entlastung von Bürokratie und Verwaltungstätigkeiten auf der anderen Seite. Auch hier bleiben wir mit 500 zusätzlichen Stellen für Tarifbeschäftigte im polizeilichen Verwaltungsdienst unserer Linie treu. Soviel zum Personal.

Das Gleiche gilt im Grunde auch bei der Ausstattung: bessere Schutzausrüstung, neue Streifenwagen – die auch wirklich für den Einsatz tauglich und geeignet sind –, moderne Technik, IT-Ausstattung – die auch wirklich funktioniert –, Smartphones für unsere Beamtinnen und Beamte. Bei der Digitalisierung der Polizei ist schon viel passiert. Den Weg gehen wir kontinuierlich weiter. Ich glaube, hier liegen auch große Chancen, denn wir wollen eine Polizei auf der Höhe der Zeit statt technisch hinterm Berg. Hier zeigt sich dann auch unsere Unterstützung und Rückendeckung. Auch hier können sich unsere Polizeibeamtinnen und -beamte auf uns verlassen.

Bringen wir es auf den Punkt, Fazit: Keine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen nach 2010 oder auch davor, meine Damen und Herren, hat jemals so viel getan für die innere Sicherheit in diesem Land. Ich weiß aber ganz genau: Für Sicherheit sorgen nicht wir, die wir hier an diesem Pult stehen, sondern es sind unsere Einsatzkräfte, die draußen auf der Straße rund um die Uhr Dienst schieben und für unsere Sicherheit sorgen.

Viele Beamte und unsere Hundertschaften kommen trotz Corona oder gerade wegen Corona kaum aus den Stiefeln. Deswegen ist es so wichtig, dass auch die vorhandenen Überstundenberge bei der Polizei über den Jahreswechsel hinaus gegen Verfall gesichert sind. Deswegen ist es auch gut, dass jetzt die Lebensarbeitszeitkonten kommen. Unsere Polizeibeamten können sich eben auf uns verlassen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um Polizei und Verfassungsschutz, es geht natürlich auch um die Themen „Feuerwehr“ und „Katastrophenschutz“. Es ist schon von Verschiedenen hier am Pult angesprochen worden. Auch hier unterstützen wir natürlich unsere vielen Tausend Ehrenamtlichen bei dieser ganz wichtigen Arbeit. Beim Institut der Feuerwehr werden beispielsweise zusätzliche Stellen bereitgestellt, um den Bedarf nach Lehrgängen, nach Seminaren bedienen zu können. Es sind beispielsweise 3,8 Millionen Euro für den Bau eines dezentralen Trainingsgeländes vorgesehen. Das freut uns.

Aber eines ist auch klar: Ohne diese vielen Tausend Ehrenamtlichen bei den Feuerwehren und dem Katastrophenschutz wäre Sicherheit in diesem Land nicht denkbar. Deswegen möchte auch ich die Gelegenheit zum Ende des Jahres nutzen und noch einmal ausdrücklich allen unseren Einsatzkräften von Polizei und Feuerwehr, Rettungskräften, Mitarbeitern im Katastrophenschutz für ihren Dienst an der Gesellschaft danken. Herzlichen Dank.

Von Dank alleine kann man sich aber nichts kaufen. Das wissen wir auch. Es muss natürlich auf der einen Seite um Dank, um Wertschätzung und Respekt gehen, aber auf der anderen Seite muss auch die finanzielle Unterfütterung da sein. Genau das machen wir mit diesem Haushalt. Deswegen ist das so ein großer Erfolg. Ich freue mich, ehrlich gesagt, auf Zustimmung, wobei ich da natürlich jetzt die Signale empfangen habe.

Wenn man mal ehrlich ist und sich diesen Haushaltsentwurf anschaut – ich habe natürlich sehr genau die Reden verfolgt –: So viel zu meckern gibt es eigentlich in diesem Innenressort nicht. Lieber Hartmut Ganzke, die Strategie ist klar. Man will natürlich daran partizipieren und sagen: Das ist super, haben wir alle gemeinsam geschafft. Lasst uns das gemeinsam machen. – Ich kann das verstehen. Ich kann auch verstehen, dass man ein bisschen neidisch darauf schaut, auch vonseiten des einen oder anderen in der SPD, was diese NRW-Koalition bei der inneren Sicherheit jetzt umsetzt, was man sich vielleicht in der Vergangenheit gewünscht hat, aber was mit dem Koalitionspartner der Grünen nicht möglich gewesen ist. Das kann ich verstehen. Ich verstehe auch den Schmerz an dieser Stelle. Wir setzen das nun einmal um.

(Beifall von der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]: Also ich sehe hier keinen Schmerz!)

– Bitte, Frau Kollegin Schäffer?

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ich glaube, dem Kollegen geht es gut.)

– Dem geht es gut. Ja.

Wie gesagt, wir setzen innere Sicherheit um. Ich freue mich natürlich über Änderungsanträge. Eine Minute habe ich noch, sodass ich kurz darauf eingehen kann.

Was den periodischen Sicherheitsbericht betrifft, möchte ich wirklich anmerken: Es mag Gründe geben, warum überall, wo dieser periodische Sicherheitsbericht eingeführt worden ist, er kein zweites Mal umgesetzt worden ist, kein zweites Mal gemacht worden ist. Wir stehen da gerade mitten im parlamentarischen Beratungsverfahren. Das sollte man im Hinterkopf dabei haben.

Zu den Änderungsanträgen der AfD – ich habe es schon im Ausschuss gesagt –: Bei dem Thema

„Zulagen“ würde ich mir wünschen, dass man sich das genauer anschaut und eine Reform der Zulagen in Angriff nimmt. Wir haben schon einiges verbessert. Ich erinnere zum Beispiel an die Zulage für Personen, die die Sichtung von Kindesmissbrauchsdarstellungen vornehmen. Ich glaube, wenn man stückweise dort ansetzt, dann wird es zu weiteren Ungerechtigkeiten kommen. Man muss sich bei den Zulagen das große Ganze anschauen. Deswegen ist dieser einzelne Antrag da nicht zielführend.

Dann haben Sie noch einen Antrag zur finanziellen Unterfütterung des Taser-Pilotprojekts bzw. der Anschaffung. Auch da bin ich froh – das kann ich in der letzten Sekunde hier sagen –, dass wir das jetzt in einem Pilotversuch machen. Wir haben lange darauf gewartet. Wir schauen uns nun auch dieses Einsatzmittel zur Unterstützung für die Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen an. Das ist sehr richtig, und das machen wir ja.

Sie merken, es gibt viel zu tun beim Thema „innere Sicherheit“. Aber die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir das ganz gewissenhaft und kontinuierlich weiter anpacken. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Lürbke. – Jetzt hat Herr Wagner das Wort für die AfD-Fraktion.

Markus Wagner¹⁾ (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Recht, Ordnung und Gesetz – wer das will, der hat mit uns eine Stimme im Parlament. Denn der freiheitliche Rechtsstaat gehört zu den größten Errungenschaften unseres Landes. Ihn zu verteidigen, auszubauen und entschieden durchzusetzen, das ist unser Auftrag.

Die Bürger wählen uns, also die AfD, vor allem auch wegen unserer Lösungen im Bereich der inneren Sicherheit. Ja, wir sind die Partei der Polizisten, wie es sinngemäß CDU-Mann Friedrich Merz formuliert hat. Dabei wollen wir aber keinen Überwachungs- und Polizeistaat. Wir stehen dafür, die Kernaufgabe des Staates, nämlich die innere Sicherheit, für die Bürger zu gewährleisten. Das zeigt sich auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen im Innenressort.

Jahrelang haben CDU, SPD, FDP und Grüne die Polizei kleingespart, sie personell ausgedünnt, den Polizisten das Weihnachts- und Urlaubsgeld gestrichen, lassen sie Überstunden machen. Zum Dank gibt es Angriffe, körperliche und verbale. Mittlerweile unterstellt das links-grüne Lager unserer Polizei sogar, rechtsextrem zu sein.

Wir widersetzen uns diesem polizeifeindlichen Trend. Wir widersetzen uns dem nicht nur defensiv und

anpasslerisch, wie das teilweise CDU und FDP tun, sondern offensiv mit klaren Lösungen für unsere Sicherheitsarchitektur.

Dass wir uns so für unsere Polizisten, Justizbediensteten und Feuerwehrleute einsetzen, ist dabei kein Selbstzweck, sondern: Weil diese Menschen allen helfen, helfen wir damit auch jedem von uns. Ob der Einbruch zu Hause, der Überfall auf der Straße, die Vergewaltigung im Park – es ist die Polizei, die aufklärt, schützt und hilft. Es ist die Polizei, die die Täter ermittelt, um diese hinter Schloss und Riegel zu bringen. Deshalb müssen wir umsteuern. Wir benötigen mehr Polizisten, wir müssen sie besser ausrüsten, und wir müssen sie besser bezahlen.

Gehen wir einmal durch, was wir an Korrekturen im Haushalt, also an Verbesserungen für die Polizisten und damit für die Sicherheit von uns allen, gefordert haben. Herr Lürbke ist eben auf zwei unserer Anträge eingegangen. Ich möchte aber nicht versäumen, zu erwähnen, dass wir insgesamt 14 Änderungsanträge für das Innenressort gestellt haben.

Es fängt damit an, dass die Personalstärke endlich so zu verbessern ist, dass sie mithalten kann, mithalten zum Beispiel mit Bayern, wo es deutlich mehr Polizisten pro Bürger gibt. Warum sollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen von weniger Polizisten geschützt werden als die in Bayern? Ich glaube nicht, dass die Menschen in Dortmund und Bielefeld weniger Wert sind als die in Aschaffenburg und München.

Sie müssen mithalten auch mit immer neuen Kriminalitätsphänomenen, Kinderpornografie – das wurde schon genannt –, Clans, Cyberkriminelle, mithalten auch aber mit Ihrer verfehlten Migrations- und Integrationspolitik.

Meine Damen und Herren, zu viele der Täter sind Ausländer. Alleine das zu sagen – ein Faktum zu benennen –, wird oft schon niedergemacht. Wer die Fakten nennt, ist ja bekanntermaßen ein Rechtspopulist. Dabei ist doch klar: Viele Taten gäbe es ohne Ihre Politik gar nicht. Das heißt nicht, dass die Mehrheit der ausländischstämmigen Menschen so wäre – das ist sie natürlich nicht –, aber wir haben da eben ein Problem. Das muss man erst einmal aussprechen, bevor man es lösen kann.

Nehmen wir nur die Kleinkriminellen, an denen sich das besonders anschaulich erklären lässt: Es müsste die Polizeiarbeit in diesem Bereich gar nicht geben, hätte man diese Leute a) nicht ins Land gelassen, würde sie b) härter anfassen und c) wo immer möglich abschieben.

Stattdessen geschieht das genaue Gegenteil. Wir wissen seit Jahren, dass die neuen, die nächsten Clan-Strukturen im Kommen und im Wachsen sind. Das heißt, das Problem wird größer und nicht kleiner. Aufgrund Ihrer falschen Politik muss die Polizei diese Arbeit erledigen.

Deswegen können wir doch nicht so wie Sie auf dem kleingesparten Apparat verharren, denn trotz höherer Einstellungszahlen haben wir keinen Aufwuchs zu verzeichnen, Herr Katzidis. Das ist das Problem. Nein, da sind wir mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig: Wir benötigen 60.000 Polizisten in NRW als Zielvorgabe. Von dieser Zielvorgabe sind Sie weit entfernt.

Danach muss ich dann eben die Anzahl der jungen Polizeikommissaranwärter ausrichten. Wir haben deswegen auch gefordert, davon 500 mehr im Jahr einzustellen. Das hätte mehr Recht, Sicherheit und Ordnung bedeutet. Sie wollen das nicht; Sie haben das abgelehnt, ebenso wie unsere folgerichtigen Vorschläge, die Ausbildungskapazitäten zu verbessern.

Aber, das ist das Gute an einer Demokratie: Die Bürger haben nun die Wahl. Wer die Polizei so aufstocken will, dass die innere Sicherheit angemessen gewährleistet werden kann, der hat uns. Wer das nicht will, hat die Auswahl von CDU bis Grünen.

Dasselbe bei der Bezahlung: Tausende Polizisten – über 16.000, um genau zu sein – arbeiten in sogenannten Wechselschichten, das heißt, einmal geht es morgens los, einmal mittags, einmal abends – mit den entsprechenden Auswirkungen auf Partnerschaft und Familie. Wir wollen den Beamten in dieser stressigen, belastenden und familienfeindlichen Situation die Zulagen erhöhen.

Damit erreichen wir drei Dinge, nämlich erstens die Wertschätzung für die Polizisten auch monetär auszudrücken, zweitens ihnen zu Hause beim Partner und bei der Familie bessere Argumente für den Schichtdienst zu liefern und drittens den Job attraktiver zu machen, um so gute Leute für unsere Sicherheit anzuwerben. Sie wollen das alles nicht. Sie haben abgelehnt. Die Polizisten werden sich das merken.

Das gilt auch für die besonders belastenden Jobs der Bereitschaftspolizei, die überall dort den Kopf hinhält, wo es wehtun kann. Das gilt für die Tutoren, also die Polizisten, die sich neben dem normalen Dienst um die Ausbildung der jungen Anwärter kümmern. Das gilt ebenso für diejenigen, die sich in Ermittlungskommissionen mit ganz besonderen Deliktschwerpunkten auseinandersetzen müssen. All diese Männer und Frauen wollen wir mit einer Zulage honorieren; all diesen Männern und Frauen wollen Sie das nicht ermöglichen.

Wir setzen dabei die Prioritäten anders als Sie, Herr Katzidis. Denn den Mehrausgaben, die wir für unsere Polizei und die innere Sicherheit fordern, stehen Einsparungen an anderen Stellen des Haushalts gegenüber, die diese Mehrausgaben deutlich übersteigen. Wir haben also eine andere Prioritätensetzung.

Wenn Sie fragen, wie wir zu den Kosten für 500 neue Einstellungsermächtigungen kommen – darauf hätten Sie selber kommen können. Es gibt nämlich die Antwort Ihrer Landesregierung auf unsere Frage, was das denn kostet: 2,8 Millionen Euro ist die Antwort, die wir vom Innenminister erhalten haben. – Hätten Sie mich vorher gefragt, dann hätte ich es Ihnen kollegialerweise gesagt, Herr Katzidis.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

Auch bei der Ausrüstung lassen Sie sich nicht erweichen. Überziehwesten für die Kriminalbeamten – man glaubt es eigentlich nicht – haben Sie abgelehnt. Mehr Laptops für die Beamten auf den Wachen – wir sind im 21. Jahrhundert – lehnen Sie ab.

Die Polizei hat es mit immer komplizierteren Ermittlungen zu tun, zum Beispiel im Bereich der Kinderpornografie und anderer Straftaten. Sie benötigt Software – da sind wir wirklich vorangekommen –, um auszuwerten, aber sie benötigt auch Spitzenkräfte, die Handys und Festplatten entschlüsseln. Die bekommt man nicht zu den Normallöhnen, da diese Leute sonst in der freien Wirtschaft anheuern. Die sind nämlich sehr begehrt. Einen Etat für Zulagen, damit sich Spitzenverbrecher auf Spitzen-ITler gefasst machen müssen, haben Sie eben abgelehnt. Der ist aber dringend vonnöten.

Auch die Zahl der Regierungsinspektoren, die die Polizeiarbeit unterstützen, wollen wir erhöhen. Die GdP, die Gewerkschaft der Polizei, fordert das sehr plausibel begründet. Sie haben das – wir kennen das – abgelehnt.

Das Gleiche beim Extremismus: Extremismus ist ein Problem, ob von links, durch Rechtsextreme oder durch muslimische Extremisten. Die Menschen und unsere Sicherheit sind durch sie bedroht. Wir haben daher die nötigen Stellen gefordert. Sie haben das abgelehnt.

Wo bleiben die Taser? – Die Berichte aus anderen Bundesländern zeigen doch die positiv präventive Wirkung mit einem signifikanten Rückgang an Gewalt gegen Polizisten. Aber hier verschlafen wir das. In Nordrhein-Westfalen steigen stattdessen die Übergriffe mit Hieb- und Stichwaffen auf unsere Polizei. Wir haben deswegen die Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft eingebracht, endlich jeden Streifenwagen mit Tasern auszurüsten. Sie haben abgelehnt.

Auch das Ehrenamt der Feuerwehr anzuerkennen, ging mit Ihnen nicht. Anstatt einer Wertschätzungsprämie, wie von uns gefordert, gibt es bei Ihnen gar nichts. Statt Wertschätzung kommt nun aus dem linksgünen Spektrum die ewige Polizistenfeindlichkeit im neuen Gewand daher: Polizisten seien Rassisten und Rechtsextreme. – Nein, das sind sie zu 99,9 % nicht. Das beweisen die Zahlen; Zahlen, die in keinem Verhältnis zum Propagandafeldzug pas-

sen, den die Grünen in den Parlamenten und Medien veranstalten; Zahlen, die mich ruhig, sicher und faktenbasiert sagen lassen: Wir stehen hinter unserer Polizei.

Unsere Maßstäbe sind Freiheitlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Durchsetzungsstärke, keine Verwaltung des Mangels, sondern ein klares Bild von dem, was notwendig ist. Polizisten und Feuerwehrleuten zuhören, sie unterstützen, sie so aufzurüsten, dass sie ihren Job machen können – das ist es, was die Polizei benötigt, das ist es, was wir benötigen, und das ist es, was wir liefern, sobald wir regieren.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Dass die Situation der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen besser ist als vor drei Jahren, bestreitet keiner mehr. Dafür muss man sich, finde ich, zunächst einmal bei allen bedanken, die in diesem Bereich beruflich tätig sind: Polizisten, Feuerwehrleute oder sonst jemand.

(Beifall von der CDU, der FDP und Nic Peter Vogel [AfD])

Aber auch die Politik hat versucht, ihren Beitrag zu leisten, um die Lage zu verbessern. Dass der Haushalt 2021 unter einem ganz besonderen Stern steht, ist klar: steigende Staatsausgaben wegen Corona, Steuermindereinnahmen. Der Haushalt ist schwieriger geworden, aber trotzdem gibt es eine Konstante: Im Bereich der inneren Sicherheit geht der Haushaltsentwurf 2021 weiter nach oben – zum vierten Mal konsequent fortgesetzt. Das ist eine positive Entwicklung und eine Sache, auf die die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auch stolz sein können.

Wir haben im Ausschuss über Einzelheiten geredet, das will ich jetzt vermeiden. Aber eine Steigerung um 215 Millionen Euro auf eine Rekordsumme von 6,4 Milliarden Euro sagt nicht alles, ist aber schon ein klares Zeichen. Wir werden damit in das Rückgrat unseres Sicherheitsapparats investieren, nämlich in das Personal. Das ist und war Kernpunkt der Arbeit. 2.074 Planstellen und Stellen kommen neu, davon sind alleine 1.626 für die Polizei.

Es geht darum, eine zukunftssichere und demografiefeste Aufstellung zu organisieren. Die Schwerstkriminalität steht im Mittelpunkt, denn wir wissen, dass wir mit dem, was wir jetzt machen, auch nicht alles gleichzeitig machen können. Das ist im Klartext eine Kampfansage an kriminelle Clans, eine Kampfansage an Täter im Zusammenhang mit sexuellem

Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen auch mehr Polizei auf die Straße und auch mehr Polizisten in den virtuellen Raum bringen.

Ich will eine Zahl besonders hervorheben: 2.760. Die Zahl wurde schon mehrfach genannt. So viele Anwärterinnen und Anwärter werden ihre Ausbildung neu beginnen. Wir haben im Vorgriff 100 vorgesehen, um im nächsten Jahr tätig werden zu können. Wir haben diese 100 jetzt als Angestellte eingestellt; die werden dann verbeamtet.

Im Jahre 2012 – nur zur Erinnerung – hatten wir halb so viele Anwärter, nämlich 1.400. Halb so viele Anwärter! Wir haben eine Verdoppelung der Anwärterzahlen seit 2012. Das ist schon eine ganz schön starke Leistung. Damit verstärken wir die Polizei. Damit unterstützen wir vor allen Dingen auch diejenigen, die im Job sind, weil sie dann einfach mehr Mitstreiter haben.

Im nächsten Jahr gibt es auch zusätzliche Stellen für Spezialistinnen und Spezialisten, weil wir alle gelernt haben, dass es nicht nur darum geht, Polizistinnen und Polizisten zu haben. Wir brauchen für die wachsenden Herausforderungen in ganz bestimmten, besonderen Bereichen auch Spezialisten. Das ist Kindesmissbrauch, das ist IT, das ist Datenauswertung, Cyberkriminalitätsbekämpfung, Spezialtechnik, Staatsapparat. All das ist eben gesagt worden. Ich muss das nicht wiederholen.

Es zeigt sich, dass wir auch im Bereich „Extremismus“ keine Pause machen dürfen, sondern immer wachsam gegen Extremismus in allen Richtungen sein müssen.

Wir haben zum vierten Mal in Folge zur Entlastung im Verwaltungsdienst 500 zusätzliche Stellen geschaffen. Der Etat dieses Ministeriums investiert in Köpfe, unter anderem auch in 42 Stellen für die Stärkung des Verfassungsschutzes, der inneren Sicherheit sowie des Katastrophenschutzes. Wir haben 40 neue Planstellen und Stellen für Digitalisierung und Informationssicherheit, davon 17 Planstellen im Geschäftsbereich. Bei den Bezirksregierungen wird auch aufgerüstet, weil diese in den letzten Monaten eine gigantische Arbeit im Zusammenhang mit all den Auszahlungen im Wirtschaftsbereich geleistet haben.

Aber bei all diesen Zahlen zu Einstellungen gilt: Ohne Ausbildung geht das nicht. Deswegen haben wir auch im Vorbereitungsdienst ein hohes Niveau, wie wir es jetzt bei der Polizei haben. Das wollen wir bei den 409 Regierungsinspektoratwärterinnen und -anwärtern beibehalten, die die Ausbildung jetzt beginnen. 340 beginnen bei der Bezirksregierung, 69 bei den Polizeibehörden. Dazu kommen 95 Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter, weil wir auf die Digitalisierungsanforderungen der Verwaltung reagieren und uns nicht auf andere verlassen wollen. Das hat übrigens auch viel mit der Alters-

pyramide im öffentlichen Dienst zu tun, wenn ich mal ein Stück weitgucken darf. Wir haben auch die Pflicht, für genügend Nachwuchs zu sorgen, damit wir uns nachher nicht mit anderen auf dem Markt um die vorhandenen Menschen streiten müssen. Wir müssen selbst ausbilden.

Wir haben auch in die Maschinenhallen investiert, wenn ich bei dem Bild bleiben darf: Modernisierung von Präsidien und Wachen. Wieder einmal wurde eine Verpflichtungsermächtigung von 300 Millionen Euro veranschlagt, obwohl wir schon fast 1 Milliarde Euro investiert haben; denn es kann nicht sein, dass der Sanierungsstau bei den Polizeibehörden so bleibt. Wir werden ihn nicht auf einmal abschaffen; auch das geht nur Stück für Stück. Undichte Fenster, gesperrte WC-Anlagen, Uraltausstattung – es gibt Gebäude, da würden Sie keinen Fuß reinsetzen. Das geht nicht; damit muss Schluss sein. Wir müssen das Stück für Stück verändern. Jahrzehntlang ist hier Mangelverwaltung betrieben worden. Die wollen wir jetzt Schritt für Schritt aufarbeiten.

Übrigens kommt auch der Feuerschutz – aber auch das ist schon vorgetragen worden – nicht zu kurz. Das Institut der Feuerwehr wird seine Kapazitäten erweitern. Ein neues dezentrales Trainingsgelände geht in Betrieb. Das ist für die ehrenamtlichen Feuerwehren von größter Bedeutung.

(Beifall von der CDU)

Die Nachfrage nach Lernangeboten ist erfreulich hoch. Die Gemeinden werden wieder durch den Landeszuschuss zur Förderung des Feuerschutzes in Höhe von rund 39 Millionen Euro profitieren. Also auch hier brennt nichts an.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieser Haushaltsentwurf 2021 in diesen schwierigen Coronazeiten überraschend stark ist. Ich bedanke mich bei den Fraktionen, die die Abstimmungsmehrheiten dafür organisiert haben. Ich bedanke mich auch beim Finanzminister, der in diesen schwierigen Zeiten wieder einen Schwerpunkt im Bereich „innere Sicherheit“ gesetzt hat; denn das ist keine ganz einfache Aufgabe bei der Konkurrenz der unterschiedlichen Aufgaben, die eine Landesverwaltung zu erfüllen hat.

Aber wir haben den Menschen 2017 versprochen: Wir wollen versuchen, die Sicherheit in diesem Lande Stück für Stück zu verbessern. Das haben wir gehalten, und das werden wir weiterhin halten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu acht Abstimmungen über den Einzelplan 03 – Ministerium des Inneren.

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11929** ab. Wer möchte dem folgen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und die AfD. Wer enthält sich? – Keiner. Damit ist dieser Änderungsantrag, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11945** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11946** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11947** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11948** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen sechstens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11949** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei – null Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen siebtens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11950** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Wiederum die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD **abgelehnt**.

Wir stimmen achtens über den Einzelplan 03 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11903, den Einzelplan 03 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Das sind CDU und SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen ...

(Josef Hovenjürgen [CDU] und Marc Lürbke [FDP]: FDP!)

– Entschuldigung. Ich wiederhole das Abstimmungsergebnis: CDU und FDP stimmen dafür. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen**.

Jetzt müssen wir noch etwas nachholen. Ich rufe noch einmal Einzelplan 12 – Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung – auf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11912, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11905 hin.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner bzw. als erster Rednerin der Abgeordneten Voigt-Küppers für die SPD-Fraktion das Wort.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beratungen für den Haushalt 2021 finden unter besonderen Bedingungen statt. Als wir vor einem Jahr hier standen, hätte niemand geahnt, in welche Krise wir schlittern.

Ich will voranstellen: Wir wissen natürlich um die besonderen Herausforderungen, vor denen die Landesregierung in diesem Jahr gestanden hat und im nächsten Jahr auch noch stehen wird.

Ich will auch noch einmal betonen: Wir haben jederzeit unsere Hilfe angeboten und haben zahllose Vorschläge gemacht. Die Landesregierung ist den Vorschlägen nicht gefolgt. Das, Frau Gebauer, ist Ihr gutes Recht, aber Sie dürfen sich nicht wundern, dass Sie bei der Bewertung der Maßnahmen, die Sie in den letzten Monaten an unseren Schulen ergriffen haben, nicht unsere Rückendeckung haben. Kurz gesagt: Wenn Sie das alleine machen wollen, dann müssen Sie auch alleine den Kopf dafür hinhalten.